Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. – Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg, Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. – Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. – Postscheckkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3200.

Nr. 235 | Donnerstag, den 7. Oktober 1920 | 11. Jahrgang

Was ist Kommunismus?

II.

Bei früheren Erörterungen des russischen Problems ist viel davon die Rede gewesen, daß die ökonomische Entwickelung dort vielleicht die kapitalistische Epoche überspringen könne, indem aus der alten ländlichen Gemeinwirtschaft eine Art Bauernsozialismus hervorwachsen könne. Der Gang der Ereignisse in der russischen Revolution hat gezeigt, daß diese Annahme eine Täuschung gewesen ist. Die versuchte „Nationalisierung“ des Grund und Bodens ist ausgelaufen in eine private Aneignung des Grundbesitzes der großen Besitzer durch die russischen Bauern. **Nicht Sozialismus, sondern die Festigung des Privateigentums an Grund und Boden ist das Resultat gewesen.** Und wenn gegenwärtig Teile der russischen Bauern für die Erhaltung der Bolschewistenregierung kämpfen, so deshalb, weil sie fürchten, daß nach deren Ueberwindung ihnen ihr neuer Landbesitz wieder abgenommen werden könnte.

Auch politisch fehlt es der großen Masse der Bevölkerung in dem verkehrsarmen Riesenreich Rußland, die noch zum großen Teil aus Analphabeten besteht, an der nötigen Schulung und Reife. Demokratische Staatseinrichtungen sind darum dort auch ungemein viel schwieriger ein- und durchzuführen als bei uns in Deutschland. **Zur Demokratie gehört, wenn sie gesund funktionieren soll, nicht nur die äußere Form, sondern auch der demokratische Geist der zur Selbsttätigkeit berufenen Massen und die Fähigkeit zur Erkennung und Wahrung der eigenen Interessen. Das haben die russischen Bolschewisten offenbar völlig verkannt und daher ihre grausame Enttäuschung durch die Revolution und ihre Abkehr von der Demokratie und — vom Sozialismus.**

Als die russische Revolution ausbrach, waren die Bolschewisten noch Demokraten und Sozialisten. Sie nannten sich auch sozialdemokratische Partei. Aber die auf Grund eines demokratischen Wahlrechts gewählte russische Nationalversammlung brachte ihnen keine Mehrheit, und so ließen sie sie durch Gewalt auseinandertreiben und setzten an die Stelle der Demokratie ein System grausamsten Terrors, der sich nicht etwa nur gegen die Anhänger der alten reaktionären Gewalt, sondern besonders auch gegen die anderen sozialistischen Gruppen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre richtete. Mit Demokratie war das natürlich nicht mehr in Einklang zu bringen, und so merzten die Bolschewisten die Demokratie auch aus ihrem Parteinamen aus, **nannten sich Kommunisten und erhoben den gewalttätigsten Terrorismus zum politischen System.** Wenn sie sich den neuen Parteinamen vom Kommunistenbund der Zeit um 1848 geborgt haben und heute noch als waschechte Epigonen von Marx gelten möchten, so ist das ein grober Täuschungsversuch, dessen Wirkung nicht von langer Dauer sein kann. **Der Versuch das Wirtschaftsleben eines großen Volkes oder gar der ganzen kultivierten Welt, ohne Rücksicht auf den Höhengrad der wirtschaftlichen Entwicklung, mit Gewalt auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, hat mit Marxismus nichts mehr zu tun.** Es ist ein Rückfall in den Utopismus früherer Zeiten, aus dem gerade Marx und Engels durch ihre Lehren das sozialistisch denkende Proletariat befreit haben. Daß dieser neue Utopismus statt mit Humanitätsphrasen mit brutaler Gewalt arbeitet, macht ihn nicht genießbarer, sondern abstoßender als seinen überwundenen Vorläufer. **Vom Kommunismus im überlieferten Wortsinne ist aber dieses System blutigen Terrorismus weit entfernt.**

Bis zum Auftauchen dieses neuen Evangeliums der Gewalt war „Kommunismus“ nur ein anderes Wort für den demokratischen Sozialismus, dessen Ziel die selbsttätige Befreiung des Proletariats aus politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Knechtschaft ist. **Was sich heute hinter der Firma „Kommunismus“ verbirgt, ist weder Kommunismus noch Sozialismus,** auch keine „Diktatur des Proletariats“, sondern die Diktatur einer kleinen Führergruppe über das Proletariat. Das Proletariat Rußlands — und ähnlich möchten die russischen Bolschewisten und deren An- und Nachbeter es überall machen — soll nicht selbsttätig sein Schicksal bauen, vielmehr nur das Kanonenfutter für die Befriedigung der Herrschgier der „kommunistischen“ Päpste in Moskau bilden. Die Allmacht der Führer, die sich anmaßen, die sozialistischen Parteien aller Länder unter ihre Fuchtel zu zwingen (Siehe die berüchtigten 21 Bedingungen für die Zulassung der U. S. P. zur dritten Internationale), wird zum Prinzip erhoben.

Das ist das Gegenteil von Demokratie, die stets die letzte Entscheidung den Massen selbst vorbehalten hat und vorbehalten muß. Man wird da unwillkürlich erinnert an den derzeitigen Streit um Massen und Führer. Dieselben Leute, die sich damals nicht genug tun konnten darin, die Massen gegen die Führer aufzuhetzen, sehr zum Schaden der Arbeiterbewegung, schwärmen jetzt für die „kommunistische“ Theorie von der Notwendigkeit der Führerdiktatur. Man kann daraus nachträglich auf die Motive schließen, aus denen damals der Streit vom Zaun gebrochen wurde. Weil nicht sie selbst die maßgebenden Führer waren, wurde die Führerschaft überhaupt verdammt.

Geradezu grotesk wirkt der aus wahnwitziger Herrschgier geborene Anspruch der bolschewistischen Führergruppe in Rußland, ihrerseits selbstherrlich zu bestimmen, wer als würdig erachtet werden soll, der dritten Internationale anzugehören, d. h. sich ihrem Machtgebot zu unterstellen. In normalen Zeiten wäre solcher Anspruch überall mit hellem Hohngelächter aufgenommen worden. Gegenwärtig aber müssen wir das traurige Schauspiel erleben, **daß ehemalige Sozialdemokraten ihre demokratische Ueberzeugung vergessen haben, um sich mit wahrer Wollust dem unwürdigsten Machtgebot Lenins und seiner engeren Genossen zu unterwerfen.** Solche verkehrende Selbsterniedrigung, als deren Folge auch den bisher „Führern“ folgenden deutschen Arbeitern der Verzicht auf das demokratische Selbstbestimmungsrecht zugemutet wird, ist nur zu verstehen aus der allgemeinen Geistesverwirrung und dem Emporwuchern der gewalttätigen Instinkte, die durch den langandauernden Krieg erzeugt wurden, sowie aus den deprimierenden Wirkungen der wirtschaftlichen Not.

Trotzdem wird dieser als „Kommunismus“ maskierte Wahnwitz auf die Masse der deutschen Arbeiter keinen dauernden Einfluß gewinnen können. Dazu ist doch die jahrzehntelange Aktionens- und Organisationsarbeit der Sozialdemokratie zu tief in die Massen eingedrungen. Und auch in den durch den Krieg aus dem seelischen Gleichgewicht gebrachten Volksschichten wird die Besinnung zurückkehren, wenn es nur gelingt, der äußersten Not Herr zu werden. Daß es bald geschehe, ist im Interesse unseres ganzen Volkes zu wünschen. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn **unsere Volkswirtschaft nicht den zerstörenden Wirkungen von gewalttätigen Experimenten ausgesetzt wird, wie die niederen „Kommunisten“ in Rußland und bei uns sie propagieren. Zum Sozialismus als dem notwendigen Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung führt nur ein Weg: der Weg der Demokratie, der selbstbewußten Mitarbeit aller Volkskreise.**

Kriegsende im Osten?

Russisch-polnischer Waffenstillstand.

London, 6. Okt. (Havas.) Ein Moskauer Funkspruch bestätigt die Meldung, daß der russisch-polnische Waffenstillstand am Dienstag abend in Riga unterzeichnet wurde.

Nach einer anderen direkten Meldung aus Riga soll die Unterzeichnung des Waffenstillstandes und des Präliminarfriedens erst am Freitag erfolgen.

Unterzeichnung des finnisch-russischen Friedens.

Kopenhagen, 6. Okt. (W. T. B.) Aus Helsingfors wird telegraphiert: In der Sitzung der Friedenskonferenz vom Dienstag in Dorpat wurde der Friedensvertrag zwischen Finnland und Rußland definitiv angenommen. Das Abkommen wird in einer Woche unterzeichnet werden.

Endlich scheint nun der Anfang des Friedens auch im Osten zu kommen.

Der Russisch-lettische Friede ratifiziert.

Wilna, 6. Okt. Der Sonderberichterstatter der Litauischen Telegramm-Agentur in Libau telegraphiert, daß man sich auf der gestrigen Sitzung dahin einigte, einen **Waffenstillstand zwischen Rußland, Polen und der Ukraine** nicht später als am 8. Oktober zu unterzeichnen. Das Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages zwischen Rußland und Lettland ist am 4. Oktober in Moskau unterzeichnet worden.

Neue Zusammenstöße in Irland.

London, 6. Okt. Laut Nachrichten aus Irland haben die Truppen im Hauptpostgebäude von Dublin Haussuchungen gehalten und alle Briefe aus England beschlagnahmt. Einige bewaffnete Männer sind in die Filiale der Irländischen Bank in Dublin eingebrochen und haben 800 Pfund Sterling mitgenommen. Während in der Bürgermeisterei Wexford eine Schiedsgerichtssitzung der Sinnfeiner abgehalten wurde, sind Soldaten in das Gebäude eingedrungen und haben den Bürgermeister, den Vorsitzenden des Schiedsgerichts sowie zwei andere Sinnfeiner verhaftet. Auch in Dublin hat die Truppe Haussuchungen veranstaltet und mehrere Sinnfeiner gefangengenommen. — Wie dem „Daily Telegraph“ aus Cork berichtet wird, sind die Bewohner gestern früh durch Maschinengewehrfeuer überrascht worden. Lastautos mit Scheinwerfern und bewaffneten Soldaten seien im Zentrum der Stadt umhergefahren. Gegen 2 Uhr sei an verschiedenen Stellen das Feuer eröffnet worden. Der Seetransport zwischen Dublin und Liverpool ist noch immer eingestellt. Die Stillegung wurde sogar ausgedehnt auf die Dampferlinien zwischen Dublin und Schottland. Es dürfen keine irländischen Produkte nach Liverpool befördert werden.

Englands russische Sorgen.

Rotterdam, 6. Okt. Nach einer Londoner Meldung hat die englische Regierung binnen einer noch festzusetzenden Frist angemessene Bürgschaften von der Sowjetregierung wegen der englischen Gefangenen, der Bolschewistenpropaganda und anderer Fragen verlangt. Die englische Regierung weigert sich bestimmt dem Vertreter des „Evening Standard“ zufolge, die Verhandlungen über Handelsbeziehungen und andere Fragen fortzusetzen, wenn die Bürgschaften nicht zum bestimmten Termin gegeben werden. Die Sowjetregierung hat Krassin alle Befugnisse in politischen und Handelsfragen übertragen, die Kamenew genossen hat.

Ein politischer Verleumder an dem Pranger.

München, 6. Okt. (W. T. B.) Bei der Verhandlung gegen den Münchener Schriftsteller Friedrich Freksa, der den Reichspräsidenten in einer Sondernummer des politischen Witzblattes „Phosphor“ der Trunkenheit, des Besuchens unwürdiger Lokale und der Bestechlichkeit bezichtigt hatte, konnte der Angeklagte zu seinen Behauptungen keinerlei Beweise liefern. Dagegen wurde durch die Zeugen des Reichspräsidenten als Nebenkläger die völlige Haltlosigkeit der Beleidigungen dargetan. Nachdem daraufhin der Angeklagte seine Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen und ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß er sich von der objektiven Unwahrheit seiner Vorwürfe überzeugt habe, erklärte der Vertreter des Nebenklägers, daß jetzt der Reichspräsident den Grundsatz „Gazetten dürfen nicht genieret werden“ gelten lassen könne. Er nehme die Anklage daher zurück und schenkte dem Angeklagten die Strafe. Das Gericht beschloß hierauf die Einstellung des Verfahrens.

Das deutsche Eisenbahndefizit.

Berlin, 6. Okt. (W. T. B. — Amtlich.) Durch die Presse geht die Nachricht, daß das Defizit der Reichseisenbahnverwaltung für das Etatsjahr 1920 sich auf 23 bis 24 Milliarden belaufe und im Rechnungsjahr 1921 sogar die Höhe von 40 Milliarden erreichen soll. Diese Angaben sind völlig unzutreffend. Nach den abgeschlossenen Etatsarbeiten für 1920 beziffert sich der Fehlbetrag der Reichseisenbahnverwaltung auf rund 14,4 Milliarden. Hinzu tritt noch der Bedarf im außerordentlichen Haushalt von etwa 2 Milliarden, so daß der Zuschußbedarf der Reichseisenbahnverwaltung für das Haushaltsjahr 1920 im ganzen etwa über 16 Milliarden betragen wird. Für eine Beurteilung des Finanzanschlages im Rechnungsjahr 1921 liegen zurzeit zahlenmäßige Feststellungen nicht vor. Soviel steht aber fest, daß von einem Defizit von 40 Milliarden überhaupt keine Rede sein kann. Die Bestrebungen der Reichseisenbahnverwaltung gehen im Gegenteil dahin, schon das Defizit des laufenden Jahres in Höhe von 14,4 Milliarden wesentlich herabzumindern.

Die deutsche Entwaffnung.

Berlin, 6. Okt. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des parlamentarischen Beirats gab der Reichskommissar für die Entwaffnung Dr. Peters Auskunft über das bisherige Ergebnis der freiwilligen Waffenablieferung. An den zehn ersten Ablieferungstagen sind abgegeben worden: 122 000 Gewehre und Karabiner, 913 Maschinengewehre, 239 Maschinenpistolen, 17 Geschütze, 11 Minenwerfer, 13 Flammenwerfer, 3 660 000 Schuß Handwaffenmunition, 14 931 Hand- und Gewehrgranaten, 111 000 Handgranatenzünder, und Sprengkapseln sowie eine sehr große Anzahl von Waffenteilen, darunter 8 Geschützrohre, 76 Geschützverschlüsse, 151 Richtvorrichtungen, 3590 Maschinengewehrläufe, 4850 Maschinengewehrschlösser, 19 900 Gewehr- und Karabinerläufe, 19 300 Schlüssel.

Beendigung des Berliner Elektrizitätsstreikes.

Berlin, 6. Okt. (W. T. B.) Der Streik der Kohlenheizer im Werk Moabit der städtischen Elektrizitätswerke ist, wie bereits gemeldet, beendet. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen. Die Abgabe von Strom aus dem Moabiter Werk wird noch im Laufe des heutigen Abends erfolgen. Die Arbeitszeit des in dem Kesselhaus 1 beschäftigten Personals, soweit es unter den Uebelständen der Braunkohlenbriketteuerung zu leiden hat, z. B. der Heizer, Schlackenzieher, Kohlenbahnwärter, wird auf sechs Stunden täglich herabgesetzt, solange die durch die Brikettfeuerung verursachten Uebelstände nicht behoben sind.

Durch den Streik war nicht nur der Straßenbahnverkehr, sondern auch der private Fernsprechverkehr zur Einstellung gezwungen. Auch die Zeitungen haben unter dem Streik gelitten, so daß der „Vorwärts“ seine Ausgabe teilweise in fremden Druckereien herstellen lassen mußte und zum Teil auch ausblieb.

Kriegsgefangenen-Rückkehr aus Japan.

Hamburg, 6. Okt. (W. T. B.) Die Dienststelle der Admiralität teilt mit: Der japanische Kriegsgefangenen-Transportdampfer „Nankay Maru“ ist am 2. d. Mts. in Sabang angekommen und am 3. Oktober von dort abgefahren. An Bord befinden sich 1211 Oesterreicher, 90 Ungarn, [illegible] Tschechoslowaken, 21 Polen, 7 Rumänen, 37 Türken, 3 Russen, 1 Schweizer und 23 deutsche Kriegsgefangene, sowie 128 Kajütpassagiere.

Endlich sehen auch diese Gefangenen aus dem fernen Osten ihre Heimat wieder.

Der Kampf um die staatliche Elektrizitätsbewirtschaftung.

37. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 6. Oktober 1920.

Nach der um 2¼ Uhr erfolgten Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Reinhardt gab dieser die vom Kreise Danziger Höhe gefaßte Entschließung gegen die Verstaatlichung des Kraftwerkes Straschin-Prangschin bekannt. (Die Leser finden diese Entschließung im Sitzungsbericht des Kreistages. D. Red.)

Es erfolgte Fortsetzung der Beratung des § 1 des Gesetzes über die Elektrizitätsbewirtschaftung.

Abg. **Perlus** (Deutschnat.) wendete sich in ähnlicher Weise wie gestern sein Fraktionsgenosse Abg. Dr. Frank gegen die Vorlage. Er vermißt die notwendige Vorsicht des Staatsrates zu der Vorlage. (Zurufe: Er gelogt, der erwünschte Rücksichtnahme auf das Privatkapital.) Die Deutschnationalen lehnen die Gemeinbewirtschaftung der Elektrizität in der Form der Vorlage ab.

Abg. **Beyer** (U. S. P.) erklärt das prinzipielle Einverständnis der Unabhängigen mit der Vorlage und hält den Deutschnationalen ihre profitkapitalistische Interessenpolitik vor.

Die volksschädlichen Bestrebungen der Deutschnationalen

Abg. Genosse Grünhagen:

Der Abg. Perlus sagte, er könne es verstehen, daß uns diese Vorlage nicht weit genug gehe, weil für unser Verhalten politische Motive in Frage kommen. Ich erwidere darauf, daß diese Behauptung doch etwas gewagt ist, denn eins hat sich doch klar enthüllt: in dieser Frage sind im Hause keine Parteien, sondern zwei Gruppen. (Zuruf: Sehr gut!) **Die eine Gruppe tritt ein für das Privatkapital und die andere Gruppe, zu der besonders wir Sozialdemokraten gehören, tritt ein für das Interesse der Allgemeinheit.** (Sehr richtig! links.) Alles was gegen diese Vorlage eingewandt wird, ist diktiert von dem persönlichen Eigennutz. Wie ein roter Faden zog es sich durch die Reden von rechts, daß ein staatliches Monopol in der Elektrizitätsversorgung nicht aufgerichtet werden darf. Demgegenüber müssen Sie zugeben, daß wir das Interesse der Allgemeinheit zum obersten Prinzip erheben und dafür eintreten, daß das Allgemeinwohl gewahrt wird. Wenn Sie nun selbst die Existenzmöglichkeit des Freistaates nicht für gewährleistet ansehen, dann müßten Sie auf Mittel und Wege sinnen, um den Freistaat existenzfähig zu machen. Hierzu dient im kleinen Maße die Vorlage. Indem Sie gestern Ihre nationalen Tendenzen herausstellten, zeigte sich, **daß Ihr ganzer Patriotismus, wie es immer der Fall gewesen ist, nur bis zum Geldbeutel geht.**

Der Abg. Brückendorf hat auf die evtl. Möglichkeit des Einkaufs der Kohlenpreise durch Erfindungen hingewiesen. Wer mit solch schwachen Gründen kämpft, ist sicher um bessere verlegen. Zunächst ist die ganze Elektrizitätswirtschaft noch nicht bis zur höchsten Stufe entwickelt. Der Elektrizität gehört die Zukunft. Mit ihr müssen wir rechnen und deshalb glauben wir, daß dieses Monopol dem Freistaat vorbehalten werden muß zum Wohle der Allgemeinheit. Was die Entschädigung anbelangt, so hat mein Kollege Spill schon begründet, **daß wir für die Enteignung ohne Entschädigung eintreten.** Denn alle Werte, die in derartigen Kraftquellen angelegt sind, sind hervorgebracht — nicht durch die Initiative und Energie eines Einzelnen — sondern durch die Initiative und Energie der Allgemeinheit. Deshalb ist es vollkommen berechtigt, wenn die Enteignung ohne Entschädigung erfolgt. Es ist nicht angängig, daß der heutige Zeitwert voll bezahlt wird, da er doch nur ein fiktiver ist. Wir wollen, daß der Allgemeinheit ein Dienst erwiesen wird. Gerade im Osten, besonders auch im Freistaat, ist die Versorgung mit elektrischer Energie sehr rückständig gegenüber andern Gegenden Deutschlands. Hier ist Gelegenheit, daß wir unsere Verhältnisse dem übrigen Deutschland anpassen. Es geht dem rechten Teil dieses Hauses darum, das Alte zu erhalten, die alte Privatwirtschaft nach Möglichkeit zu befestigen, und der anderen Seite des Hauses geht es darum, das Neue, das sich in der Gemeinschaft Bahn brechen will, in eine Art Gesellschaftswirtschaft, in dem Sozialisierungsbestreben, daß sie diesem emporkeimenden Willen Geltung verleihen und ihm freie Bahn schaffen will. Erkennen Sie auch in diesem Streben das dahin geht, der freien Entwicklung freie Bahn zu schaffen, einen Moment, dem Sie Rechnung tragen müssen. Denn wenn es Ihnen gelingen sollte, das Vorwärtsdringen aufzuhalten oder es wenigstens einzuhalten, beseitigen werden Sie es nicht. Die Kräfte, die hier am Werke sind, sind doch so stark, daß sie über kurz oder lang Ihren Widerstand überwinden werden. Und deshalb bitte ich Sie, **weitsichtige Einsicht zu haben.** Wir lassen uns bei eventueller Zustimmung von Vorlagen von derartigen Gedanken und Erwägungen leiten, daß man dem Zeitgemäßen und Notwendigen Rechnung tragen muß und sich nicht entgegenstellen darf, sondern die Kräfte, die sich bemerkbar machen, in einen bestimmten Weg zu leiten und **dementsprechend die Zukunft vorzubereiten im Interesse der Allgemeinheit.** (Lebhafter Beifall.)

Der monarchistische Zentrumsverteidiger des Privatkapitals.

Abg. **Brieskorn** (Zentr.): Die Vorlage ist für meine Fraktion keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. In der Zentrumsfraktion sind **wegen dieses Gesetzes schwere Kämpfe ausgetragen worden.** Er selbst wäre ein scharfer Gegner der Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung. Eine Ersparnis an Kohlen könnte auch erzielt werden, wenn die jetzigen Eigentümer die Wasserkraftwerke ausbauten und den überschießenden Strom dem Staate zur Verfügung stellten. **Das Gesetz** bedeute keine Sozialisierung. Der **Zweck des Entwurfs wäre,** die Stadt Danzig mit billiger elektrischer **Kraft zu versorgen auf Kosten anderer Personen.** (Zuruf: Steuerdrückeberger!) Bei der Enteignung müßte der jetzige **Wert bezahlt werden (!) Das** wäre durchaus kein Konjunkturgewinn, denn die Zeiten werden nicht besser, **bis eben mal Kaiser Wilhelm wiederkommt! Die Verstaatlichung des Werkes** in Straschin-Prangschin bedeute eine Entsozialisierung.

Während der Rede des Abg. Brieskorn wurde dutzende Male der Zuruf „Steuerdrückeberger" gemacht. Herr Brieskorn wußte jedoch weswegen er auf diese Zurufe schwieg.

Die andere Richtung des Zentrums.

Abg. **Kraubauer** (Zentr.) erklärte, daß die Mehrheit der Fraktion für den Entwurf des Ausschusses stimmen werde. Das Gesetz ist aus der Not der Zeit heraus geboren. Die Zahlen über die Kohlenversorgung des Freistaates sind erschütternd. Redner kann es nicht verstehen, **wie jemand das Gemeinwohl vertreten will und dann gegen die Vorlage stimmt.** Durch die beabsichtigte Verstaatlichung wird die Brennstoffnot gelindert. Die Strompreise werden herabgesetzt und der Kreis der mit elektrischer Energie Versorgten wird vergrößert. **Flüsse und Ströme sind Eigentum der Allgemeinheit.** Sie haben in der Gegenwart erhöhte Bedeutung für die Volkswirtschaft. **Macht der Staat von seinem Rechte keinen** Gebrauch, so erhalten die Privatunternehmer ein Geschenk. Jetzt ist die beste Zeit, mit der Arbeit zu beginnen, die 1000 bis 1500 Arbeitern Beschäftigung bietet.

Abg. **v. Schröter** (Fr. W. V.) fühlt sich von der Vorlage nicht befriedigt. Die Fr. W. V. werde Abänderungsanträge stellen und von deren Schicksal ihre Stellungnahme abhängig machen. Nur private Werke sind vom Staate zu übernehmen. Nicht zweckmäßig sei dagegen die Uebernahme der Werke, die sich heut schon im öffentlichen Besitz befinden.

Abg. **Jewelowski** (Dem.) traut den Beamten, die auf allen Gebieten schon oft versagt hätten, die Lösung dieser Aufgabe nicht so ohne weiteres zu. Der Freistaat werde das erforderliche Geld unschwer erhalten. **Auf den Hinweis, daß die Zinsen für die Anleihe ins Ausland gehen, sei zu antworten, daß das Geld für Kohlen ja auch ins Ausland gehe. Naturkräfte sind Eigentum der Allgemeinheit. Bei der Uebernahme der Werke muß eine angemessene Entschädigung gezahlt werden. Die Demokraten würden** der Vorlage zustimmen.

Aufklärung über das amerikanische Kohlengeschäft.

Stadtrat Runge als Vertreter des Staatsrats: Wer mit der Kohlenversorgung zu tun hat, weiß, **daß mit der Lösung dieser Frage das Wirtschaftsleben im Freistaat steht oder fällt.** Ueberall in der Welt wird die schleunigste **Ausnutzung der Wasserkräfte** erstrebt. Die **aufgewendeten Mittel stehen in gar keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen.** Redner ging dann auf den bekannten Fall des **A n k a u f s a m e r i k a n i s c h e r K o h l e** näher ein. **Das Geschäft zerschlug sich im letzten Augenblick, da die amerikanische Firma den Vertrag ihres europäischen Vertreters** nicht anerkannte. **Die Devisen, 750 000 Dollar, waren aber bereits** gekauft. **Um Kursverluste zu vermeiden, ist das ausländische Geld ohne Verlust sofort wieder verkauft worden.**

Die praktische Durchführung des vorliegenden Gesetzes wird zunächst ein gemeinsames Arbeiten zwischen dem Städt. Elektrizitätswerk und dem Werk in Straschin-Prangschin bringen. Es ist bedauerlich, daß man diese wirtschaftliche Frage mit Politik belaste. Die Verhältnisse in der Elektrizitätsversorgung werden immer schwieriger und es ist eine einheitliche Leitung erforderlich.

Abg. Jewelowski (Dem.): Kein Mensch macht mit dem Ausland Geschäfte, ohne sich vorher mit ausländischen Zahlungsmitteln zu versehen. Schon einmal sei der Stadt durch Nichtannahme von Schiffsbauten für ausländische Währung ein bedeutender Gewinn entgangen. Wer nicht verstehe, **mit dem Ausland Geschäfte abzuschließen, solle die Hände davon lassen. Es sei** empörend, wie in der Stadtverwaltung gewirtschaftet werde. Jewelowski erklärte, **daß er bei dem verhinderten Kohleneinkauf 5—6 Millionen Mark Kursgewinn verdient haben würde.**

Die Abstimmung über § 1.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses hat dieser folgende Fassung: Die Verwaltung der heutigen Freien Stadt Danzig ist befugt:

1. das Eigentum oder das Recht zur Ausnutzung von Anlagen zur Erzeugung und Fortleitung elektrischer Arbeit, welche nicht ausschließlich oder nicht ganz überwiegend zur Erzeugung oder Fortleitung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe dienen,
2. privaten Unternehmern zustehende Rechte zur Ausnutzung von Wasserkräften für die Erzeugung elektrischer Arbeit einschließlich des Eigentums an den in Ausübung dieser Rechte errichteten Anlagen und des Rechts auf Benutzung technischer Vorarbeiten

gegen Entschädigung zu übernehmen.

Zu den Anlagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit im Sinne des Abs. 1 Ziffer 1 gehören alle Anlagen und Einrichtungen, welche mit dem Kraftwerk eine wirtschaftliche Einheit bilden, insoweit sie zum Betrieb des Kraftwerks notwendig sind. Die bisherigen Eigentümer können verlangen, daß darüber hinaus solche Anlagen und Einrichtungen mit übernommen werden, die bei einer Abtrennung für sie nicht mehr mit Vorteil benutzt werden könnten. Infolge der Inanspruchnahme des Rechts zur Ausnutzung können sie den Erwerb der Anlage verlangen, sofern andernfalls eine unbillige Schädigung für sie eintreten würde.

Verleihungen von Wassernutzungsrechten gemäß § 46 Abs. 1 des Wassergesetzes können an Private nur mit Genehmigung der Freistaatsverwaltung erteilt werden. Ob und inwieweit das geplante Unternehmen Bedeutung für das öffentliche Wohl hat, (§ 41, 61 des W.-G.) richtet sich nach den wirtschaftlichen und politischen Interessen des künftigen Freistaats.

Der Bau von Wasserkraftanlagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit oder von Anlagen zu deren Fortleitung ist nur mit Genehmigung der Freistaatsverwaltung zulässig. Diese kann versagt werden, wenn die Verwertung der Wasserkräfte oder die Fortleitung der elektrischen Arbeit in die staatliche Elektrizitätsbewirtschaftung einbezogen werden soll. —

Zur Entschädigungsfrage lagen eine Reihe Anträge vor. Der sozialdemokratische Antrag vor das Wort **Entschädigung** die Bezeichnung „**ohne**" hinzuzufügen, wurde **gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien abgelehnt.** Ebenfalls auch der Antrag auf Einschaltung von „**billige**" Entschädigung. Dagegen wurde der demokratische Antrag auf Einfügung des Wortes „**angemessene**" gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Ein Antrag der Fr. W. V. wollte das Recht der Uebernahme von Betrieben nur auf p r i v a t e Unternehmungen festgesetzt wissen. Dieser Antrag wurde im **Hammelsprung** mit 45 gegen 43 Stimmen unter Beifall der Linken abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Streichung der einschränkenden Worte unter Ziffer 1 von „welche nicht einschließlich bis dienen" wollte um den Staat das uneingeschränkte Recht zur Ausnutzung aller elektrischen Anlagen zu geben, wurde ebenfalls abgelehnt.

Ein **polnischer Antrag wollte die Enteignung nur wenn der Unternehmer sich weigert seinen überschüssigen Strom zum Selbstkostenpreise abzugeben.** Dieser wurde im Hammelsprung mit 45 gegen 44 abgelehnt. Ein anderer polnischer Antrag der die Beschränkung des Gesetzes auf die nur im **Freistaat erzeugte elektrische Kraft** verlangt, findet nur eine polnische Stimme.

Zu der Gesamtabstimmung über den § 1, die von den Deutschnationalen namentlich beantragt wird, erfolgt die Annahme des § 1 mit 53 gegen 39 Stimmen bei einer Enthaltung.

Darauf vertagt das Haus um 5 Uhr die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Die Berliner Zeitungsherstellung eingestellt.

Berlin, 6. Okt. (W. T. B.) Zu dem Streik im Zeitungsgewerbe teilt die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger mit, daß sie sich, da das technische Personal an seiner Arbeitsverweigerung festhalte, zur Entlassung ihres gewerblichen Personals gezwungen sehe und daß **die Zeitungen daher bis auf weiteres nicht erscheinen könnten.**

Schließung der Kieler Howaldwerft.

Kiel, 6. Okt. (W. T. B.) Die Howaldwerke haben heute **ihren sämtlichen Arbeitern wegen Niederlegung der Arbeit und Verlassens** der Arbeitsstätte die Entlassung ausgesprochen.

Stiefkinder des Glücks

Roman von Maria Linden.

16) (Fortsetzung.)

Hermann lachte geschmeichelt und fragte: „Vater, wissen Sie schon, daß der Ernst die Sänger-Pauline nehmen will?"

„Ach, woher denn!" wehrte Birkner ab. „Da wäre er ja Prügel wert."

„Nu, es haben mir aber Verschiedene gesagt; daß er in die Sänger-Mühle geht", versicherte Hermann.

„Hat der es aber eilig," sagte Vater Birkner mißbilligend. „Das hätte die Anna schon verdient, daß er ein Vierteljahr um sie getrauert hätte. War doch ein gutes Weibel, die Anna. Die Sänger Pauline hat ja nich mehr Fleisch auf den Knochen, wie ein Sperling. Die is ja noch weniger, wie die Anna. Die kann nich eine Schnitte Brot richtig schneiden. Was soll die denn dem Ernst nutzen?"

„Sie hat halt mächtig viel Geld", entgegnete Hermann in einem Ton, der deutlich zeigte, daß es ihm keineswegs an Hochachtung für das liebe Geld fehlte.

„Sollte der Ernst zweimal dieselbe Dummheit machen und sich ein kränkliches Weib nehmen?" fragte Vater Birkner zweifelnd.

„Na, vielleicht is es nur leeres Gerede", gab Hermann zurück.

Damit endete das Gespräch.

Blitzschnell wie ein schöner Traum verflossen Luise die Tage bis zu ihrer Hochzeit. Der Sitte folgend, hatte Luise in dem Häuschen ihrer Eltern den bräutlichen Schmuck angelegt. Lächelnd, aber mit Tränen in den schönen Augen, trat sie dem Geliebten entgegen, als Hermann erschien, um sie zum Altar zu führen. Hermann betrachtete seine Braut voller Bewunderung, er konnte die Blicke nicht von ihr abwenden, so schön erschien sie ihm.

Luise trug ein Kleid von feinem, kornblumenblauen Wollstoff, ihr üppiges, goldblondes Haar schmückte ein dicker Myrtenkranz aus dem heute ein Dutzend Brautkränze hätten angefertigt werden können. Sie hatte derbe, hoch geschnürte Schnürschuhe an. In der Hand hielt sie ein großes Gesangbuch, ein steif gebügeltes Taschentuch und das sogenannte „Riechel", ein Sträußchen aus stark duftenden Blättern und Blumen.

So einfach gekleidet, ohne Schleier, ohne Handschuh, würde die ärmste Feldarbeiterin heute nicht zum Altar gehen. Aber zu jener Zeit war man sehr anspruchslos, und Luise war in ihrem schlichten Kleide von einer so strahlenden Schönheit, daß sie jede Madame, die in Samt und Seide prangte, durch den Reiz ihrer Erscheinung in den Schatten stellte. Es war nur eine Stimme: Seit Menschengedenken war im Dorf keine so schöne Braut gewesen, wie Luise.

Mutter Birkner war zwar außer Bett, aber noch zu schwach, um an der Hochzeitsfeier teilnehmen zu können. Die Kräuterfrau, die gutes Essen einer jeden Unterhaltung vorzog, hatte sich erboten, ihr Gesellschaft zu leisten. Sie saß mit aufgestützten Ellbogen an dem großen Tisch und legte mit einer Kanne Kaffee den Grund für den leckeren Hochzeitsschmaus.

Als die kirchliche Feier beendet war, schlug das Brautpaar den Weg nach dem Birknerschen Anwesen ein.

„Kommt! Ihr verlauft Euch ja!" rief Ernst Birkner aus. „Linksrum geht es in die „Goldene Sonne"!"

„Nich doch", gab Hermann lachend zurück. „Wir wollen uns der Mutter ja doch als Eheleute vorstellen. Geht nur derweil voran! Wir kommen gleich nach."

„Die verstehen es, den Alten um den Bart zu gehen!" brummte Ernst voller Ingrimm. Eine ohnmächtige Wut erfüllte ihn. Er hatte eine alternde, zänkische Frau besessen, und sein Bruder führte ein Mädchen heim, das in allem Reiz von Jugend und Schönheit prangte.

Sie war noch schöner geworden. Was half es, daß er ihr alle nur erdenklichen Unarten andichtete; daß er sie in Gedanken beschimpfte und verunglimpfte? Sie war und blieb rein und tugendhaft.

Die alte Frau Birkner war hocherfreut über die Aufmerksamkeit, die ihre Kinder ihr erwiesen. Nachdem sie ihre Glückwünsche ausgesprochen hatte, sagte sie:

„Das muß dir der Neid lassen, Hermann, ein allerliebstes, schmuckes Weibel hast du dir ausgesucht. Das is eine, die gesunde, kräftige Kinder bringen wird, gelt ja?" wendete sie sich an die Kräuterfrau.

Die Störmer stopfte sich erst noch ein Stück Kuchen in den Mund, spülte mit einem Viertelliter Kaffee nach und sagte dann sehr entschieden:

„Ja, die junge Frau wird andere Kinder bringen, wie die selige Sonnenwirtin. Du lieber Gott! Wo nichts is, kann nichts herkommen."

Eine flammende Röte übergoß das schöne Gesicht der jungen Frau. Sie schlug die blauen Augen in schamhafter Verwirrung zu Boden.

„Du brauchst dich nich zu schämen, mein Tochter", begütigte Mutter Birkner. „Zu einem richtigen Ehestande gehören Kinder. Der Mensch muß doch wissen, für wen er arbeitet."

„Sie haben vollkommen recht, Frau Birkner", stimmte die Kräuterfrau zu. „Für reiche Leute gehören sich Kinder. Das arme Volk braucht keine."

„Die Armen lieben ihre Kinder genau so, wie die Reichen," sagte Luise, die über die rohen Worte empört war.

„Wie die sich schon hat!" dachte die Kräuterfrau mißbilligend. „Ja, ja, wenn ein Armer zu Gelde kommt, schwillt ihm der Kamm!" Laut sagte sie überaus freundlich:

„Sie haben ja vollkommen recht, junge Frau, aber von der Liebe werden sie nich satt, und das Brot is knapp und das Schuhzeug is teuer. Vielleicht tun uns die jungen Leute die Ehre an? Der Kuchen is sehr gut und der Kaffee schmeißt einen fast um."

„Hübsch wäre es schon," sagte die alte Frau, „aber es geht nich, weil sie nich eher anfangen können zu essen, ehe nich die Brautleute da sind."

„Vielleicht können wir nachher mal abkommen, wie?" schlug die junge Frau vor.

„Machen wir," versprach Hermann.

Er verabschiedete sich herzlich und zog Luise mit sich fort.

Die Musik blies einen Tusch, als das Brautpaar seinen Einzug in der „Goldenen Sonne" hielt. Die Poldel hatte vor die Plätze des Brautpaares zwei mächtige Sträuße von Rittersporn, Ringelblumen und brennender Liebe gestellt und war sehr stolz auf die Verschönerung der Tafel.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Danziger Handelsfragen.

Die Vereinigung Danziger Importeure und Exporteure nahm in einer am Montag stattgefundenen Versammlung zu dem Wirtschaftsabkommen mit Deutschland und den Lebensmittelvereinbarungen mit Polen Stellung. Die Handelskammer ist gegenwärtig dabei, ein neues Wirtschaftsabkommen mit Deutschland vorzubereiten. Das alte Abkommen, das seit dem März besteht, hat den Danziger Handel völlig gefesselt; es macht die Einfuhr vom Ausland ebenso wie die Ausfuhr nach dem Ausland fast unmöglich. In der Versammlung kam das Erstaunen zum Ausdruck, daß man das alte Wirtschaftsabkommen nicht schon früher aufgehoben habe, da es nur auf unbestimmte Zeit geschlossen war und dadurch jederzeit geändert werden konnte. Infolge der Erschwerung des **Handels mit dem Memelgebiet** wurde der Antrag angenommen, beim Abschluß des neuen Wirtschaftsabkommens dahin zu streben, für die Ausfuhr nach dem Memelgebiet jeden Ausfuhraufschlag zu vermeiden, weil Danzig dort sonst schlechter stehen würde als Deutschland. Auch eine Vereinfachung des Ausfuhrwesens wurde gewünscht. Die Ausfuhr aus Danzig müsse, soweit es sich nicht um die wichtigsten Bedarfsgegenstände handle, frei sein. Man vertrat die Ansicht, daß **es besser sei, die deutschen Waren zu Auslandspreisen zu kaufen**, als für die Gewährung des deutschen Inlandspreises **wieder Danzigs Ausfuhr völlig zu fesseln.** Der deutsche Ausfuhraufschlag wäre nicht so hoch, daß er für die Versorgung Danzigs eine große Rolle spielte. Nur Kohlen gebraucht Danzig unbedingt aus Deutschland. Jedoch liefert Deutschland diese an das Memelgebiet ohne Wirtschaftsabkommen reichlicher und zum selben Preise wie nach Danzig mit Wirtschaftsabkommen. Das neue Wirtschaftsabkommen müßte daher Danzig ebenfalls größere Freiheiten bringen. Die deutschen Vorschriften dürften für den Danziger Handel nicht grundlegend sein, sondern man müsse eine eigene Danziger Wirtschaftspolitik treiben, um dem Danziger Kaufmann den Welthandel zu ermöglichen.

Besondere Schwierigkeiten bestehen für die **Spirituosen-Industrie.** Diese alte Danziger Industrie verfügt über große Vorräte, die sie ausführen muß. Bei der Ausfuhr nach Deutschland wurden jedoch erhebliche Schwierigkeiten gemacht, und es wurde nicht zugelassen, daß die Danziger Spirituosen gemäß Wirtschaftsabkommen zollfrei nach Deutschland eingeführt werden können. Die Ausfuhr nach dem Ausland wurde wiederum von den Danziger Behörden erschwert, ohne daß bisher die Gründe dafür bekannt sind. Es müsse schleunigst Klarheit über die Spirituosenausfuhr geschaffen werden. Auch der ungehinderte Handel mit Polen müsse auf Grund des neuen Wirtschaftsabkommens völlig ungehindert vor sich gehen können. Zur Frage der **Kaffee-Einfuhr** wurde der Standpunkt vertreten, daß heute keine Gründe mehr vorliegen, die Kaffee-Einfuhr nach Danzig zu beschränken. Wenn Danzig seinen Bedarf frei einführen könne, würde der Preis billiger werden. Eine Verschiebung dieses Kaffees nach Deutschland sei durch die Einfuhrkontrolle an der deutschen Grenze erschwert.

In der weiteren Aussprache wurde die freie Betätigung des Ein- und Ausfuhrhandels gefordert und auch Beschwerde gegen die Ausschaltung des Handels bei dem Abschluß des Wirtschaftsabkommens mit Polen geführt. — Es bleibt den Handelsfirmen unbenommen, ihre Sonderwünsche zu vertreten, jedoch muß es Aufgabe des Freistaates sein, zunächst die Allgemeininteressen der Bevölkerung wahrzunehmen, und die scheinen uns in diesem Falle mit den „freien“ Wünschen des Handels nicht so ohne weiteres vereinbar zu sein. Wir werden auf diese Fragen noch zurückkommen.

Der Kreistag Danziger Höhe zur Elektrizitätsfrage.

Der Kreistag Danziger Höhe nahm gestern mittag zu dem Gesetzentwurf des Staatsrates über die Verstaatlichung der Wasserkräfte im Freistaat Stellung. Dem vollzählig versammelten Kreistag trug Landrat Venske die Stellungnahme des Kreisausschusses vor, der für die Verstaatlichung ist, nur solle sich diese nicht auf die kommunalen Elektrizitätswerke ausdehnen, die mit Wasserkräften arbeiten. Die Ueberlandzentrale Straschin-Prangschin, die dem Kreise gehört, müßte von der Verstaatlichung ausgeschlossen bleiben. — Abgeordneter Klöwekorn trug eine vorbereitete Entschließung vor, die später unverändert angenommen wurde. — Ein Vertreter der Ortschaften, die früher dem Kreise Dirschau angehörten, trat gleichfalls für die Entschließung ein. — Ebenso Abg. Lind, der im Falle der Verstaatlichung eine Entschädigung der scharwerkspflichtigen Ortschaften verlangte. — Abg. **Gen. Brill** wies darauf hin, daß die Verstaatlichung noch keine Sozialisierung sei. **Lokalpatriotische Interessen müßten aber zurücktreten, wenn das allgemeine Interesse des Freistaates die Verstaatlichung erfordere.** Er sei daher gegen die Entschließung. Nach weiterer Aussprache wurde darauf mit 26 gegen 5 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien die folgende Entschließung angenommen:

„Der heute versammelte Kreistag des Kreises Danziger Höhe nimmt zu der der Verfassunggebenden Versammlung vorliegenden Verordnung betreffend die Elektrizitätswirtschaft im Gebiet des Freistaats Danzig, folgende Stellung ein: Der Kreistag erkennt an, daß es angesichts der Brennstoffnot unbedingt notwendig ist, die Versorgung des gesamten Freistaatsgebiets mit Elektrizität gesetzlich zu regeln mit dem Ziele, alle vorhandenen Wasserkräfte der Elektrizitätserzeugung dienstbar zu machen und die Zusammenarbeit der vorhandenen Werke zu gewährleisten und zu diesem Zwecke die im Privatbesitz befindlichen Werke zu verstaatlichen. In der baldigen Durchführung dieser Maßnahmen erblickt der Kreistag zugleich ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Das Ziel kann nach dem im Deutschen Reich durch Reichsgesetz vom 31. Dezember 1919 geschaffenen Vorbilde erreicht werden, ohne daß das Beschlagnahmerecht des Staates auf die bereits in öffentlichem Eigentum und öffentlicher Verwaltung stehende Ueberlandzentrale des Kreises Danziger Höhe ausgedehnt zu werden braucht.

Durch Kreistagsbeschluß vom 13. September 1920 ist beschlossen, die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen der Ueberlandzentrale des Kreises und dem Elektrizitätswerk der Stadt Danzig vertraglich so zu verbessern, daß durch Erbauung einer Hochspannungsleitung die jetzt entstehenden Verluste bei der Lieferung des für den Landkreis nicht benötigten Stromes an die Stadt Danzig vermieden werden und daß als Aequivalent hierfür das Elektrizitätswerk Danzig in Zeiten erhöhten Strombedarfs im Landkreise — Dreschperiode — diesen erhöhten Strombedarf liefert, so daß der Kreis nicht mehr gezwungen sein wird, sein Reservekraftwerk in Praust das für Kohlenbetrieb eingerichtet ist, in Betrieb zu nehmen.

Mit dem Abschluß eines solchen Vertrages fällt jeder Grund für die Verstaatlichung der Ueberlandzentrale des Kreises fort, da die Wasserkraft bis auf den letzten Tropfen ausgenutzt und der Allgemeinheit dienstbar gemacht wird.

Die Ueberlandzentrale ist laut Kreistagsbeschluß vom 30. März 1912 als im öffentlichen Interesse unterhaltene gemeinnützige Veranstaltung im Sinne des § 4 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes verwaltet worden. Es handelt sich also nicht um ein auf Gewinnerzielung gerichtetes Unternehmen.

Die Verstaatlichung und Entschädigung nach den Vorschriften des Gesetzentwurfs würde das finanzielle Interesse des Kreises außerordentlich schädigen und keine Gewähr dafür bieten, daß die Wohltat des Bezuges billiger Elektrizität, die der Kreis unter Hintenansetzung anderer Aufgaben durch den rechtzeitigen Ausbau der Ueberlandzentrale erreicht hat, der Bevölkerung erhalten bleibt.

Wir verlangen deshalb, daß ebenso wie im Deutschen Reich, die in öffentlicher Verwaltung stehenden Elektrizitätsbetriebe, insbesondere auch die Ueberlandzentrale des Kreises Danziger-Höhe, von der durch den Gesetzentwurf vorgesehenen Enteignung ausgeschlossen werden.“

In der gestrigen Volkstagssitzung wurde diese Entschließung eingangs der Beratungen zur Kenntnis genommen.

Der 29. Juli vor dem Schwurgericht.

Unter den weiteren Strafsachen der jetzigen Schwurgerichtsperiode befindet sich auch die für den 11. und 12. Oktober angesetzte Verhandlung wegen der am 29. Juli vorgekommen Ausschreitungen. Und zwar sind der Expedient Bruno Schütz, der Krankenpfleger Johann Markowski, der Eisenbahnarbeiter Alexander Fregien in Danzig und die Eisenbahnarbeiter Friedrich Heinze und Georg Littwin, sowie der Arbeiter Felix Saenger in Schidlitz wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt. In der zweiten Sache — die Ausschreitungen am Abend — schwebt das Verfahren gegen den Untersekundaner Max Schneemann ohne Wohnung, den Krankenpfleger Johann Markowski in Danzig, den Arbeiter Hans Erdmann in Langfuhr, den Arbeiter Felix Saenger in Schidlitz, den Arbeiter Georg Littwin in Schidlitz, den Bäcker Ernst Freymann in Schidlitz, den Arbeiter Erich Schröder in Danzig, den Mechaniker Max Pisler in Langfuhr auch wegen schweren Landfriedensbruchs.

Die Verhandlungen dürften die eingehende Erörterung der Vorgänge der Demonstration bringen, jedoch sollten bei der Beurteilung der Straftaten wie es schon in den Verhandlungen des Volkstages zum Ausdruck kam, jede Aufmachung eines politischen Sensationsprozesses vermieden werden. So scharf wir die Ausschreitungen verurteilen, so wenig angebracht wäre es, die Angeschuldigten als „politische Märtyrer“ zu stempeln.

Aenderungen im Danziger Dampferverkehr.

Der Doppelschraubendampfer „Möwe“ der Königsberg—Danzig-Linie wird vom 11. Oktober ab **Kahlberg** nicht mehr anlaufen. Von Danzig aus macht er seine Reise nach Königsberg mit Anlaufen von Kahlberg zum letzten Male am 8. Oktober, und von Königsberg aus wird zum letzten Male Kahlberg am 9. Oktober angelaufen. Durch Fortfall der Station Kahlberg ist die Dampferreise Königsberg—Danzig um etwa eine Stunde verkürzt.

Auch im **Dampferverkehr Swinemünde—Danzig** wird eine Veränderung eintreten, da sich der „Grüßgott“ vom 25. Oktober ab dem neuen Winterfahrplan der Eisenbahn anpassen muß. Wahrscheinlich wird der Dampfer dann bereits gegen 2 Uhr nachmittags (bisher zwischen 8 und 9 Uhr abends) in Danzig eintreffen und um die gleiche Zeit (bisher 8 Uhr vormittags) abfahren. Der Anschlußzug von Berlin nach Swinemünde würde gegen 5.30 Uhr abends von Berlin abfahren, der Zug von Swinemünde nach Berlin gegen 10.15 Uhr vormittags in Berlin eintreffen, so daß in jedem Falle die am Tage in Berlin einlaufenden Züge den Anschluß an den Dampfer noch erreichen, und in umgekehrter Richtung der von Swinemünde kommende Zug in Berlin die Möglichkeit zur Weiterfahrt mit den dort abfahrenden Mittagszügen bietet. Auch soll der Norddeutsche Lloyd beabsichtigen, demnächst an Stelle des jetzigen Dampfers „Grüßgott“ einen neu angekauften schnellfahrenden ehemaligen Minenleger der deutschen Reichsmarine für den Danzig-Swinemünder Verkehr einzustellen.

Neue Preisregelung für Mehl.

Der Beirat des Wirtschaftsamtes nahm in seiner Sitzung vom 4. Oktober Stellung zur Festsetzung der Mehlpreise des Wirtschaftsamtes. In verschiedenen vom Vorstand und Beirat des Wirtschaftsamtes einberufenen Sonderausschüssen, in denen Sachverständige, Erzeuger und Verbraucher tätig waren, wurden im Ausschuß an die vom Staatsrat für das Gebiet der Freien Stadt Danzig festgesetzten Getreidegrundpreise (Roggen 1200, Weizen 1280 Mark die Tonne) die weiteren Unkosten, die auf den Preis des Mehles bestimmend einwirken, wie z. B. Frachten, Zinsen, Kommissionsgebühr, Lagergeld, Mahllohn, Versicherung, Fehlgewichte, Säcke einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Hiernach ergab sich für das Mehl, das aus dem im Gebiet der Freien Stadt Danzig erzeugten Getreide hergestellt wird, ein Preis von 170,50 Mark für Roggenmehl und 189,20 Mark für Weizenmehl für 100 Kilogramm bei Verteilung an die Kommunalverbände. Für die Berechnung des Danziger Mehlpreises kommen neben der eigenen Ernte des Freistaates auch die Getreidelieferungen aus Polen in Betracht, die auf Grund des Danzig-polnischen Lieferungsvertrages erfolgen. Die in diesem Vertrage festgelegten Preise für das polnische Mehl in Höhe von 175 Mk. zuzüglich etwa 5 Mk. für Fracht, ergeben einen Durchschnittsroggenmehlpreis von 176,00 Mk. für 100 Kilogramm bei Abgabe an die Kommunalverbände. Jedoch soll der Weizenmehlpreis zur Verbilligung des Roggenmehls auf 230 Mk. je 100 Kilogramm erhöht und der Roggenmehlpreis auf 161,90 Mk. gesenkt werden. Bei den heutigen Mehlpreisen entstand dem Wirtschaftsamt ein täglicher nicht unerheblicher Verlust. Soweit aus anderen Mitteln Zuschüsse zum Mehlpreis geleistet werden können, sollen diese von den Kommunalverbänden zur Verbilligung des Brotes verwendet werden. Das Weizenmehl und Weizenbrot für die Krankenernährung soll von den Kommunalverbänden zu verbilligtem Preise abgegeben werden. Der Beirat schloß sich einstimmig den Vorschlägen des Vorstandes an. Der Mahllohn wurde auf 130 Mark je Tonne festgesetzt.

Polnische Elektrizitätspreise.

Einige früher zum Kreise Dirschau, jetzt zum Freistaat gehörende Ortschaften haben in der gestrigen Kreistagssitzung ihren Elektrizitätsanschluß an die Kreiszentrale Straschin-Prangschin beantragt. Bisher wurden diese Ortschaften von der Dirschauer Zentrale mit elektrischem Strom versorgt. Die Strompreise im Kreise Dirschau betragen jetzt 5,50 polnische Mark für eine Kilowattstunde zu Lichtzwecken und 4 polnische Mark zu Kraftzwecken. Die Ortschaften des Freistaats aber müssen etwa den doppelten Betrag, nämlich 3 und 2 deutsche Mark zahlen. Der Anschluß an die Ueberlandzentrale des Höhenkreises soll baldigst erfolgen.

Was leistet das Reich für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen?

Zu dem in der Sonnabendnummer unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Artikel wird ergänzend darauf hingewiesen, daß die Bearbeitung aller Versorgungsangelegenheiten nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz zurzeit noch nicht erfolgen kann, da die Ausführungsbestimmungen hierzu noch ausstehen. Sofern diese beim Hauptversorgungsamt eingegangen sein werden, soll für beschleunigte Erledigung aller Versorgungsangelegenheiten nach dem neuen Gesetz Sorge getragen werden. Das Hauptversorgungsamt bittet darum, mündliche Rücksprachen sowie schriftliche Anfragen, die den Geschäftsbetrieb nur unnütz belasten, zu unterlassen und den Eingang einer Nachricht abzuwarten.

Zur Sondervorstellung des Bildungsausschusses,

die am kommenden Sonntag, nachmittags 2½ Uhr im Stadttheater stattfindet und die Aufführung des expressionistischen Dramas „Gas“ von Georg Kaiser bringen wird, sind nur noch einige billige Plätze zu 1,25 Mk. im Parteibureau, 4. Damm 7 II, sowie in der Buchhandlung „Volkswacht“ zu haben.

Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß für das Konzert der Kammersängerin Böhm van Endert, das am Freitag abend 8 Uhr im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus stattfindet, Karten zum Vorzugspreise bei den gleichen Stellen zu haben sind.

Verein Arbeiterjugend Ohra.

Monatsprogramm für Oktober 1920.

Heute, Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr: Diskussionsvortrag über „Politik und Arbeiterjugend“. Referent: Genosse Rothacker. Leiter: Genosse Kleinschmidt.

Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags 4 Uhr: Rollenverteilung und Brettspielabend. Leiter: Genosse David.

Donnerstag, den 14. Oktober, und Sonntag, den 17. Oktober: Festüben.

Donnerstag, den 21. Oktober: Mitgliederversammlung.

Sonntag, den 24. Oktober: Gesang- und Mandolinenabend. Leiterin: Jugendfreundin L. Kleinschmidt.

Donnerstag, den 28. Oktober: Vortrag des Genossen David über „Lassalle“. Leiter: Jugendfreund Schopeter.

Zu den Versammlungen sind die Mitgliedsbücher mitzubringen. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, die Veranstaltungen des Vereins zu besuchen. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder zu dem heute abend stattfindenden Diskussionsabend wird besonders erwartet.

Der Vorstand. J. A.: O. Jagodni.

Abholung der Brot- und Mehlkarten. Die Bäcker, Brot- und Mehlhändler haben die am Sonnabend sowie Anfang nächster Woche zur Ausgabe gelangenden Brot- und Mehlkarten von der Nahrungskartenstelle, Wiebenkaserne, Poggenpfuhl, Flügel B, 1. Obergeschoß, Zimmer 19, abholen zu lassen, und zwar die Bäcker, Brot- und Mehlhändler, deren Firmen die Anfangsbuchstaben A bis K führen, am Freitag, den 8. Oktober, und die, deren Firmen die Anfangsbuchstaben L bis Z führen, am Sonnabend, den 9. Oktober, in der Zeit von 9 bis 3 Uhr. Bei Abholung der Brot- und Mehlkarten haben die Händler außer den Ausweiskarten die neuen Kundenanmeldelisten für Brotkarten vorzulegen.

Im „Neuen Operetten-Theater“ geht am kommenden Sonnabend hier zum erstenmal „Der Zigeunerbaron“, Operette in 3 Akten von Johann Strauß, in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: die Damen Fischer, Ott, Richter, die Herren Braeuer, Friedenreich, Leopold. Die Regie führt Gustav Walter Braeuer, die musikalische Leitung liegt in Händen des Kapellmeisters Karl Janson.

Einen Sportabend zeigt die Schwerathletikabteilung des Vereins für Leibesübungen für Sonnabend, den 9. Oktober, im Saale des Herrn Derra im Anzeigenteil unserer heutigen Zeitung an, worauf wir besonders hinweisen.

Das Ringermatch in der Sporthalle, das am Sonnabend und Sonntag in der Sporthalle stattfindet, wird Ernst Siegfried mit zwei recht ernst zu nehmenden Gegnern zusammenführen. Es handelt sich dabei einmal um Ernst Lobmayer, Meisterringer von Oesterreich, und den Deutsch-Russen M. Paradanoff, der vor dem Kriege in Petersburg die Meisterschaft von Europa gewann. Wir verweisen auf die Anzeige in gestriger Nummer.

Polizeibericht vom 7. Oktober 1920. Verhaftet: 23 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 3 wegen Bettelns, 18 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 loser Geldbetrag (einem Jungen im Geschäft abgenommen); 1 linker schwarzer Kinder-Lederschuh, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 silberne Halskette mit silbernem Medaillon, abzuholen vom Kaufmann Rudolf Kunigk, Lauentaler Weg 36.

S. P. D. Parteinachrichten.

Der Sozialdemokratische Verein Oliva hält seine

Mitgliederversammlung

am Freitag, den 8. Oktober, 7 Uhr abends, im Lokal des Herrn Ditmer ab. Der vollzählige Besuch ist dringend erforderlich.

Standesamt vom 7. Oktober 1920.

Todesfälle: Witwe Johanna John geb. Albrecht, 77 J. 2 M. — Schmiedegeselle Eduard Schaefer, 50 J. 10 M. — Frau Helene Krause geb. Bialowitz, 55 J. 4 M. — Silberpoliererin Elise Block, 33 J. 9 M. — Händler Karl Zugehör, 54 J. 2 M. — Schiffbauer Bruno Armborst, 31 J. 1 M. — S. d. Postschaffners Richard Boschke, totgeb. — Witwe Auguste Lemke geb. Borschke, 77 J. 6 M. — Hausinspektor Gottfried Blohmke, 64 J. — S. d. Vorschlossers Otto Diedrichkeit, 7 J. 1 M. — Unehelich: 1 Tochter, totgeb.

Wasserstandsnachrichten am 7. Oktober 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost . . .	+1,16	+1,14	Kurzebrack . .	+1,13	+1,17
Warschau . . .	+1,18	+1,13	Montauerspitze .	+0,72	+0,73
Schönau	+6,68	+6,68	Pieckel . . .	+0,68	+0,72
Galgenberg . .	+4,68	+4,61	Dirschau . . .	+0,79	+0,84
Neuhorsterbusch .	+2,26	+2,32	Einlage . . .	+1,30	+1,34
Thorn	+0,68	+0,63	Schiewenhorst .	+2,14	+2,18
Fordon	+0,54	+0,58	Wolfsdorf . . .	−0,36	−0,36
Culm	+0,60	+0,54	Anwachs . . .	+0,71	+0,89
Graudenz . . .	+0,76	+0,76			

Aus dem Freistadtbezirk.

Gemeindevertretersitzung in Oliva.

[illegible] **Zur Zahlung von Arbeitslosen-Unterstützung soll eine Anleihe von 200 000 Mark aufgenommen werden.** [illegible] **Wohnungsbauabgabe** [illegible] verwandt werden. [illegible] auf einen Ver- [illegible]

Lebensmittelverteilung in Oliva. Alle Leute über 50 Jahre er- [illegible] **unentgeltlich** [illegible] **2 Dosen kondensierte Milch.** [illegible] **Milchkarten** [illegible] **von Sonnabend den 9. d. Mts.** [illegible] Gültigkeit. [illegible] gegen Abgabe [illegible] oder Geburts- [illegible] Schule.

Diejenigen **Wohlfahrtsempfänger**, die einen [illegible] zum **Empfang von Kleie** [illegible] die Kleie aber noch nicht abgeholt haben wer- [illegible] bis zum 5. Oktober d. Js. ein- [illegible] werden.

Oliva. **Zuckerverteilung.** Auf Marke 2 der [illegible] kommt von Freitag, den 8. d. Mts. ab [illegible] Jeder erhält 375 Gramm Zucker zum [illegible] pro Pfund. Der Verkauf findet in sämtlichen Geschäften statt. Wer den ihm zustehenden Zucker bis Montag, den 11. d. Mts., abends 6 Uhr, nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Aus aller Welt.

Groß-Schadenfeuer auf dem Riesendampfer „Bismarck".

Hamburg, 5. Okt. (W. T. B.) Gegen 2 Uhr nachts brach im Bunker des auf der Werft von Blohm und Voß liegenden Dampfers „Bismarck" Feuer aus. Vier Züge der Hauptfeuerwehr wurden zu den Löscharbeiten herangerufen. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen.

Nach weiteren Meldungen soll der „Bismarck", der als 55 000 Tonnen-Dampfer das größte Schiff der Welt werden sollte, vollständig ausgebrannt sein. Der Dampfer muß laut Friedensvertrag nach Fertigstellung zur Ablieferung kommen.

Die bestohlene Filmdiva.

Berlin, 4. Okt. Der Filmschauspielerin Pola Negri wurden gestern abend während ihrer Abwesenheit aus ihrem Hotelzimmer Schmucksachen und Pelze gestohlen, die laut „B. Z." einen Gesamtwert von etwa 1 Million Mark haben. Auf die Wiederbeschaffung der erwähnten gestohlenen Gegenstände ist eine Belohnung von 75 000 Mk. ausgesetzt worden.

„Mordwetter."

Schwere Verbrechen haben im letzten Monat mehrfach die Oeffentlichkeit beschäftigt, und diese Erfahrung trifft mit der Tatsache überein, daß nach den statistischen Annalen die Kapitalverbrechen in der Zeit von Mitte Juli bis Mitte August ihren Höhepunkt erreichten. Die Zahl der Morde, die z. B. in London verübt werden, ist im Januar am geringsten, am höchsten Mitte Juli; die Kurve beginnt dann Mitte August schnell zu fallen, und im September ist die Durchschnittszahl wieder erreicht. Kriminalpsychologen vertreten allgemein die Ansicht, daß die Witterung dabei eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt. Bei Hitzwellen geht die Mörderkurve stets in die Höhe, wenn die Sonne unbarmherzig von einem wolkenlosen Himmel niederbrennt; dann weist die Statistik der Gewaltverbrechen eine Erhöhung von 80 Prozent über dem Durchschnitt auf. Diese Erscheinung hat man in allen Großstädten beobachtet, in Berlin sowohl wie in London, in Newyork wie in Paris. Die ungewohnte Hitze, die im Körper brennt und wühlt, versetzt den Menschen in einen Reizzustand, bei dem er leichter die Gewalt über sich verliert, und in dem grellen Lichtschein, der ihm rote Wolken vor die Augen treibt, fühlt sich der Verbrecher wie in einer Umgebung von Blut. Aber nicht nur in den Großstädten ist dieser Einfluß des Wetters auf die Kriminalität erkenntlich, sondern auch in manchen Gegenden, in denen plötzliche und heftige Witterungsumschläge erfolgen. Am La Plata in Argentinien herrscht gewöhnlich ein kühler südwestlicher Wind. Aber bisweilen erhebt sich plötzlich ein furchtbar heißer, mit Feuchtigkeit geschwängerter Nordwind. Die durch eine Reihe von Jahren hindurchgeführte Statistik läßt nun erkennen, daß die Zahl der Morde, Mordversuche und Körperverletzungen während der Zeit, in der dieser Nordwind herrscht, dreimal so groß ist als beim Wehen des Südwindes. Aehnliche Zahlen kommen aus Indien. Heftiger heißer Wind erzeugt überall in der Welt Gewalttätigkeiten. In Gefängnissen bemerkt man, daß bei solchem Wetter geradezu Epidemien von Streitigkeiten und Raufereien unter den Gefangenen ausbrechen.

Bücherwarte.

Die Neue Zeit. Wissenschaftliche Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Aus dem soeben erschienenen Heft 1 vom 1. Bande des 39. Jahrgangs heben wir hervor: Zur Programmrevision. Von Heinrich Cunow. — Aus früheren Kampfestagen. Von H. Molkenbuhr. — Der Charakter der neuen Kapitalertragsteuer. Von Dr. K. H. Maier (Hamburg). — Forderungen an das neue Betriebsbilanzgesetz. Von Alfred Moeglich (Steglitz). — Literarische Rundschau: August Pieper, Von der Arbeiterbewegung zum Arbeiterstand. Von Franz Laufkötter. Leo Heller, Neue Gedichte. Von L. — Notizen: Die Vereinigten Staaten von Amerika als Konkurrenten Englands auf dem Schiffahrtsmarkt.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 18 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Fritz Weber, für die Inserate Bruno Ewert, beide in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Donnerstag, den 7. Oktober 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten B 1.

Die Frau Rat

Komödie in 3 Akten von Paul Weitheimer.

Freitag, den 8. Oktober 1920, abends 6½ Uhr. Dauerkarten C 1. **Tannhäuser oder Der Sängerkrieg auf der Wartburg** von Richard Wagner.

Sonnabend, den 9. Oktober 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. **Godiva.** Drama in 5 Akten von [illegible].

Sonntag, den 10. Oktober 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. **Die Zauberflöte.** Oper in zwei Aufzügen von W. A. Mozart.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Hansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

Heute Donnerstag, d. 7. Oktober
Anfang 7 Uhr Anfang

Der letzte Walzer

Operette in 3 Akten v. Julius Brammer und Alfred Grünwald
Musik von Oskar Straus.

Morgen Freitag, den 8. Oktober
Die Dame vom Zirkus.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Kosten, Langermarkt 23 und von 10—5 Uhr am Warenhaus Freymann. Sonntags v. 9—2 an d. Theaterkasse.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle"

Kassenöffnung 6 Uhr. Rauchen verboten.

Verein f. Leibesübungen v. 1862. (E.V.)
(Schwerathletik-Abteilung)

veranstaltet am **Sonnabend, den 9. Oktober** im Saale des Herrn Derra, Karthäuserstr. einen

Sport-Abend.

U. a: **Gewichtheben, Gruppendarstellungen, Kunstfreiübungen — Tanzvorführungen** (Abtl. für Tanzkultur), **heitere Dichtungen** und **Lieder zur Laute**, Herr Schauspieler **Kilewer.**

Zum Schluss:

TANZ

Eintrittskarten à 3.50 Mk. sind an der Kasse zu haben.
Kassenöffnung 6 Uhr. Der Vorstellung 7 Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
(2412 **Der Vorstand.**

U.T

Von Freitag, den 8. bis 14. Oktober
Gastspiel
Ossi Oswalda

Ab Freitag, den 8. Oktober Täglich nachm. 4 Uhr
Jugend- u. Familien-Vorstellung
Auf vielseit gen Wunsch Wiederholung
„Die Puppe"
Lustspiel in 4 gr. Akten
Haupt- und Titelrolle
Ossi Oswalda.
ferner
Ein Trickfilm in einem Akt und ein Lehrfilm.
Einheitlicher Preis für Kinder und Erwachsene auf allen Saal- u. Rangplätzen M. 2.50.
Kassenöffnung 3½ Uhr
Beginn 4 Uhr.
In diesen Vorstellungen wird Ossi Oswalda sich persönlich der Jugend mit einer Ansprache vorstellen.

Abends um 6 u. 8 Uhr Geschloss. Vorstellungen. Persönliches Auftreten der beliebten Filmdiva **Ossi Oswalda.**

Danziger Hut-Zentrale

Herren-Artikel — Hüte — Mützen — Herren-Wäsche

empfiehlt ihr großes Lager in
Herren-Hüten, Herren- und Knaben-Mützen, Wäsche, Krawatten, Hosenträgern, Taschentüchern, Socken, Handschuhen, Lederwaren usw.
zu billigsten Tagespreisen.
Vorzeiger dieser Anzeige erhält 10 Proz. Barabzug.
Danziger Hut-Zentrale
Inhaber: HERMANN LACHMANN
I. Geschäft Altstädtischer Graben 16
II. Geschäft vorläufig Töpfergasse 13
III. Geschäft Langebrücke 6
2310

Ein Kampfmittel gegen die Reaktion:

Deutscher

Reaktions-Almanach

für das Jahr 1920

mit Beiträgen bekannter soz. Schriftsteller und Künstler
herausgegeben von Ernst Drahn.

Unverfroren und schlagkräftig, in ernster und satirischer Form, in Wort und Bild werden die Ereignisse und die bedenklichen Erscheinungen unserer Zeit darin behandelt und gegeißelt.

Wenn Sie Freude bereiten und für Verbreitung von Aufklärung sorgen wollen, bestellen Sie für sich und Ihre Freunde (auch als Geschenk zu Geburtstagen usw.) den

Deutschen Reaktions-Almanach für 1920

Preis (152 Seiten stark) 6 Mark

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32

Kindersegen — und kein Ende?

Ein Wort an denkende Arbeiter von Fritz Brupbacher, Arzt in Zürich.
— Preis 1 Mk. —
Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Kaufen Sie in der
Danziger Hut-Zentrale
Inh.: Hermann Lachmann. 2319
1. Geschäft: Altstädt. Graben 16.
2. Gesch.: vorläuf. Töpferg. 13.
3. Geschäft: Langebrücke 6.
Neue Zelluloid-Dauerwäsche mit Stoffeinlage

Metropol-Lichtspiele
Dominikswall 12.
Heute neuer Spielplan!
Das bisher verboten gewesene große Werk:
Der Klub der schwarzen Masken!
Drama in 5 Akten mit der gefeierten italienischen Schauspielerin FRANCESCA BERTINI! (2419
Der Todesring!
(Der Ring des Cesare Borgia)
Nach einer historischen Erzählung in 4 Akten
Sami kratzt sich!
Lustspiel in 2 Akten

Neuerscheinungen!
Kulturfragen!
Die neue Schule von Max Tepp . . . 3.60
Expressionismus von Heinrich Vogeler . 3.60
Buchhandlung „Volkswacht"
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Laufburschen,
der möglichst in der Reichskolonie oder Langfuhr wohnt, sucht
„Danziger Volksstimme"
Am Spendhaus 6.

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Junges Mädchen,
nicht unter 16 Jahre, für Kontor und Laden, sucht
G. Plotzki,
Klempnermeister,
Schüsseldamm Nr. 11.

Für junge Leute mit höherer Schulbildung sind eine Anzahl
Lehrstellen frei.
Gesucht werden Lehrstellen aller Berufe für 1150 schulentlassene Knaben und Mädchen.
Städt. Berufsberatungsstelle
Fleischergasse 48—54, Flügel C, zwei Treppen.

In Kochtöpfen
werd. neue Böden eingesetzt, alle Klempnerarb. preisw.
G. Plotzki, Klempnermstr., Schüsseldamm Nr. 11. (2416

Toilette-Seifen, Rasierseife
2437
sowie sämtl. Artikel zur Wäsche empfiehlt
Waldemar Gassner
Schwanen-Drogerie
Altstädtischer Graben 19/20.

Schlemmkreide, Gips, Leinöl-Firnis, Firnis-Ersatz, Pinsel, Farben, Lacke, Tischlerleim, Sandpapier
usw. empfiehlt (2411
Max Specht,
Drogerie,
Heubude, Heidseestr. 22.

1 kl. Kleiderschrank, 1 Herrenuhr
sehr billig zu verkaufen
Goldschmiedeg. 10, II. (2421

Rasierseife,
prima Ware, (2353
empfiehlt äußerst billigst
Hugo Bröde,
Altstädt. Graben 16.

Kaufe jeden Posten Kupfer, Messing und verzinktes Eisenblech sowie Kupferrohre von 6—12mm Durchmesser, auch größere Kesselstücke. **G. Plotzki,** Klempnermeister, Schüsseldamm 11. (2417

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!